

Protokoll

Über die 1. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität vom 01.12.2021, im ehemaligen "Stabsgebäude" auf dem Gelände Breeser Weg 7, 29451 Dannenberg (Elbe)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Zuständigkeiten und Organisation des neuen Fachausschusses Klima und Mobilität 2021/056
 2. Produkthaushalt 2022: Produkt 54201 Kreisstraßen 2021/051
 3. Produkthaushalt 2022: Produkt 12203 Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr 2021/041
 4. Produkthaushalt 2022: Produkt 56101 Klimaschutz, Produkt 56102 Kommunales Mobilitätsmanagement 2021/046
 5. ÖPNV-Modellprojekt „Clever MoWe“ - Bereitstellung der Eigenmittel für die Jahre 2022 bis 2024 2021/052
 6. Produkthaushalt 2022: Produkt 54701 ÖPNV 2021/054
 7. Produkthaushalt 2022: Produkt 24101 Schülerbeförderung 2021/055
 8. Fortführung der Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen 2021/050
 9. Einwohnerfragestunde
 10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Wiehler, Julie Vorsitzende
KTA Walter, Guido stellv. Vorsitzender
KTA Beckmann, Uwe
KTA Carmienke, Christian
KTA Flöter, Anja
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Wiegrefe, Wolfgang
KTA Zieker, Julia KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
beratendes Mitglied Berner, Emma
beratendes Mitglied Busse, Michel
Beratendes Mitglied Szorec, Gregor
Landrätin Schulz, Dagmar
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Fachdienstleiter Planung und Kreisentwicklung - Schwarz, Jürgen
Fachdienst Kreisstraßenmeiterei - Dammann, Amrei
Fachdienstleiterin Straßenverkehr - Jürges, Teresa
Leitung Stabsstelle Klimaschutz - Dittmer, Franziska
Stabsstelle Klimaschutz - Fischer, Henrike
Mobilitätsagentur Harlfinger-Düpow, Mareike
Auszubildender - Hagemann, Felix

anwesend bis 17 Uhr

Es fehlen:

KTA Goebel, Dietmar

entschuldigt

Beginn:

15:00 Uhr

Ende:

18:15 Uhr

nichtöffentlicher Teil:

- Uhr

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende Wiehler begrüßt zur ersten Sitzung des Fachausschuss Klima und Mobilität, der neu gegründet wurde. Sie bittet alle Anwesenden sich kurz vorzustellen
Die ordnungsmäßige Ladung und Beschlussfähigkeit wurde ohne Einwände festgestellt. Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen.

1. Zuständigkeiten und Organisation des neuen Fachausschusses Klima und Mobilität 2021/056

Vorsitzende Wiehler erläutert, dass die Verwaltung auf die Bitte der Ausschussvorsitzenden einmal ausführlich darstellen solle, wie die Zuständigkeiten und die Organisation des neuen Ausschusses KlimMo seien.

KBDin Stellmann stellt dar, welche Fachdienste (FD) vertreten sind und verweist auf die im Vorhinein zugesandte ausführliche Vorlage. Im Rahmen der folgenden TOPs der Haushaltsberatungen sei es gut möglich einen Eindruck zu gewinnen, welche Themenbereiche sich in diesem Fachausschuss wiederfinden: Der Bereich Straßenverkehr (FD 36), vertreten durch FDL Frau Jürges sowie die weiteren Themen des neu zu gründenden FD Mobilität (FD 60), der in den nächsten Wochen und Monaten seine Arbeit aufnehmen werde. Aktuell werden die Themen der Mobilität, wie z.B. Radverkehr, Schienenverkehr, ÖPNV, Schülerbeförderung und sämtliche betreffenden Projekte in der Stabsstelle Klimaschutz (S 68) und im FD 61 (FDL Herr Schwarz) betreut. Der Bereich Klimaschutz (ehemalige Klimaschutzleitstelle) ist seit Sommer 2020 als eigenständige Stabsstelle Klimaschutz (Leitung Frau Dittmer) organisiert und fungiere in ihrer Rolle übergeordnet für das gesamte Kreishaus. Zudem habe es den Wunsch gegeben, die Themen der Kreisstraßenmeisterei (FD 69) diesem Ausschuss zuzuordnen, so dass Frau Dammann als Vertreterin des Fachdienstes mit dabei sei.

KTA Beckmann fragt, inwiefern die geplante Ertüchtigung der Bahnstrecke Dannenberg- Lüneburg ein Thema für dieses Gremium sei. Es sei der Bereich Schienenverkehr angesprochen worden, aber es sei ja auch klar, dass dieser Bereich Thema der deutschen Bundesbahn und anderer Gremien sei. Aber der Bereich Schiene sollte auch hier in diesem Gremium Platz finden und sich nicht nur auf den Bereich Straße und Radverkehr beschränken.

KBDin Stellmann erläutert, dass dies genau richtig sei. Die Kreisverwaltung sei zwar nicht zuständig für den Bereich Schienenverkehr, Aufgabenträger ist hier die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG). Sachstände können auf Anfrage allerdings gerne übermittelt werden.

KTA Flöter hakt nach, unter welchem Bereich die Fähren laufen würden.

KBDin Stellmann antwortet, dass auch der Bereich Fähren dem FA KlimMo zuzuordnen sei.

LRin Schulz ergänzt, die Bereiche Schienen und Fähren seien wichtig für das Thema Anschlussfähigkeit. Insofern mache es Sinn die Themen mitzudenken, wenn Konzepte entwickelt werden, in denen es um die Anschlussfähigkeit des Landkreises an andere Regionen gehe.

KBDin Stellmann empfiehlt das Thema Brücken, insbesondere die Elbbrücke „Neu Darchau“ im Regionalplanungsausschuss zu behandeln. Hier gehe es um Planfeststellungsverfahren und diese planerischen Aspekte würde sie nicht hier in diesem Ausschuss sehen. Obwohl es nie auszuschließen sei, dass es zu solchen Themen mal eine Anfrage gäbe, die natürlich auch hier im Fachausschuss beantwortet werden würde.

Wenn es jedoch um Beschlüsse oder Vorbereitung von Beschlüssen ginge, seinen Brückenfragen eher im Regionalausschuss vorzudenken und zu behandeln.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob das Thema ÖPNV zwingend auf vier Rädern zu denken sei. Sie habe sich nach der Definition von ÖPNV gefragt, auf was man sich einigen solle. Hierzu gehörten auch Fußgänger, Carsharing und E-Roller.

KBDin Stellmann reagiert mit Zustimmung allerdings sei ÖPNV ein fester Begriff mit der Bedeutung „öffentlicher Personennahverkehr“ aber unter dem Bereich Mobilität fallen eben genau alle diese Bereiche.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen.

2. Produkthaushalt 2022: Produkt 54201 Kreisstraßen

2021/051

Frau Dammann, FD Kreisstraßenmeisterei, stellt anhand einer Präsentation gemäß Vorlage die Haushaltsansätze für das Jahr 2022 vor.

KTA Tzscheutschler stellt Rückfragen zur Kostenübernahme der Sanierung der Kreisstraße 18 Waddewitz Richtung Clenze. Hierbei seien sowohl Straße als auch Radweg saniert worden.

Frau Dammann erläutert, dass sowohl die Sanierung der Straße als auch des Radweges über Zuschüsse des Landes finanziert wurden.

KBDin Stellmann ergänzt nach Rückfrage von **KTA Klepper** zu Mähgeräten, dass alle Geräte sukzessive auf eine Technik, die den ökologischen Standards entspreche (Erläuterung KSM: in dem verkehrsrelevanten Bereich wird weiterhin aus Sicherheitstechnischen-Gründen gemulcht, breitere, ausgewählte Streifen können über den Winter für die Insekten stehen gelassen werden. Diese Flächen können im Frühjahr mit einem Gestrüppmähkorb gepflegt werden, so können die Insekten in diesen Bereichen überwintern.), umgestellt würde, um Kleinstlebewesen auf den Seitenrändern zu schützen. Da hohe Summen für Neuanschaffungen entstehen, erfolge eine Umstellung Schritt für Schritt, wenn alte Geräte abgängig sind.

Frau Dammann berichtet, dass im Bereich Winterdienst für die Beschaffung eines neuen Salzsilos nachgesteuert werden musste. Ein solches soll 300 t Salz fassen.

KBDin Stellmann ergänzt hierzu, dass die 100.000 €, die im letzten Jahr eingestellt worden seien als Rückstellung für das kommende Jahr verbucht werden. So können für den Bau des Salzsilos 335.000 € eingeplant werden. Das entspräche auch dem Kostenvoranschlag und den Kosten für Planung und entsprechende Bauanträge etc. Die Salzsilos, die derzeit vorhanden sind, seien alle abgängig und bekämen keine Zulassung mehr. Daher müsse dringend gehandelt werden.

KTA Tzscheutschler fragt nach, ob es dann nur noch einen zentralen Standort in Lüchow gebe, oder ob auch dezentral in Clenze ein Standort vorgesehen sei.

Frau Dammann erläutert, dass das abgängige Silo in Clenze angemietet sei und nicht klar sei, ob es in Zukunft auch dort einen Standort für Streusalz gäbe.

KTA Hensel spricht an, dass es Dauerthema sei, wie der Landkreis in Zukunft mit den Samtgemeinden zusammenarbeiten könne, um Synergieeffekte zu erzielen. Für die neue Legislaturperiode sei es sinnvoll zu schauen, wie bei Bauhöfen und Kreisstraßenmeisterei eine engere Zusammenarbeit entstehen könne.

Frau Dammann erläutert, dass mittlerweile ein guter Kontakt und Austausch mit den Samtgemeinden Lüchow (Wendland) und dem Standort Clenze bestehe und an Synergieeffekten gearbeitet werde. Zum Beispiel, um gemeinsam Geräte zu nutzen.

Vorsitzende Wiehler ergänzt, dass sie einen guten Kontakt in die Samtgemeinde Elbtalaue habe, den man nutzen könnte. Frau Katja Bustorff sei Vorsitzende.

KTA Tzscheutschler stellt eine Rückfrage zum Sachstand der geplanten Sanierung der K8.

KBDin Stellmann führt aus, dass auf das OVG-Urteil gewartet werde, aktuell bestehe noch immer ein Rechtsstreit. Sie stellt klar, dass die Straße nicht ausgebaut/verbreitert werden soll, sondern eine Sanierung geplant sei. Lediglich im Kurvenbereich soll eine Verbreiterung erfolgen, so dass der Begegnungsverkehr sicherer möglich sei. Gemäß dem aktuellen Planungsstand müssen, um technische Regelungen einhalten zu können und notwendige Leitplanken zu errichten, 57 Baumfällungen vorgenommen werden. Wie es genau weitergehe sei abhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens. Dann wisse man genauer, wann welche Bauabschnitte zu realisieren seien. Weitere Bauabschnitte würden dann sukzessive in den Folgejahren erfolgen. In dem Bereich der K8 zwischen Lübeln und Sallahn sei es in den folgenden Jahren vorgesehen, diesen Abschnitt mit einem Radweg auszustatten, was davon abhängig sei, wie viele Haushaltsmittel in den folgenden Jahren (voraussichtlich 2025) zur Verfügung ständen. Ein solcher Prozess sei nicht ganz einfach, da Finanzierungsmittel eingeworben werden müssen und mit allen Eigentümern auf der betreffenden Strecke Grunderwerb getätigt werden muss.

KTA Tzscheutschler bittet um Aufklärung zum Thema Geschwindigkeitsbegrenzung auf der betreffenden Strecke, welche in Abhängigkeit zu möglichen Förderungen stünde.

KBDin Stellmann erläutert, dass die Forderrichtlinie vorsehe, dass die K8 auf einen gewissen Standard gebracht werden müsse, um Fördergelder zu bekommen. Die Klassifizierung einer solchen Straße liege bei freier Strecke bei 100 km/h. Ziel der Baumaßnahme sei es also durch die Sanierung 100 km/h auf der freien Strecke zu erreichen. Wenn aber die Verkehrsunfallkommission nach Fertigstellung der Sanierung an einigen Stellen Gefahrenpunkte identifizieren würde, kann es sein, dass es an den betreffenden Stellen eine Reduzierung auf 80 km/h gäbe. Zusammenfassend stellt sie klar, dass die Fördergelder für die Sanierung der betreffenden Straße zur Verfügung gestellt werden, um die Straße in ihre ursprüngliche Klassifizierung zu bringen. Eine Herunterstufung auf 80 km/h sei erfolgt, da die Straße in einem schlechten Zustand sei.

LRin Schulz ergänzt zu den erforderlichen Baumfällungen, dass natürlich entsprechende Kompensationen mit einem Faktor 1 zu 3 erfolgen werden. Also die dreifache Menge an Bäumen als Ersatz gepflanzt werde.

KTA Klepper verweist auf einen Antrag der Soli aus der Vergangenheit, der zurückgezogen wurde und stellt die Frage welche Möglichkeiten es gäbe, im Haushalt einen festen Betrag für Radverkehr einzustellen. Dieser sollte im angemessenen Verhältnis zu den Summen für Straßenbau- und Sanierung stehen.

KBDin Stellmann erörtert, Ziel sei es mit der Verstetigung der Mobilitätsagentur das Thema Radverkehr aufzugreifen. Es sei geplant ein entsprechendes straßenbaulastträgerübergreifendes Radverkehrskonzept für die nächsten Jahre zu erstellen. Dieses sei Grundlage, um Förderanträge stellen zu können und entsprechende Gelder zu akquirieren. Im folgenden Teil der Sitzung werde genau auf diesen Punkt eingegangen.

KTA Beckmann begrüßt diese Entwicklungen und hakt nach wie viele Kilometer Radwege es im Landkreis gäbe und wo sich diese befänden? Im Speziellen verweist er auf den Radweg entlang der K27 zwischen Langendorf/ Quickborn und der Stadt Dannenberg. Der Weg an der K 15 von der B 191 bis Quickborn wird nicht mehr gepflegt und sei im Winter nicht nutzbar. Eben solche Radwege müssten wieder in Stand gesetzt werden. Die Kreisstraße 29 zwischen Damnatz und Bundesstraße 191 sei auch in einem maroden Zustand, sind hier Mittel zur Sanierung eingeplant?

Frau Dammann antwortet, dass der Zustand der K29 bekannt sei und Planungen laufen. An dieser Stelle könne sie jedoch noch keine konkreten Aussagen dazu treffen. Der Radweg an der K27 werde unterhalten. Sie werde das Ganze nochmal überprüfen lassen vor Ort, um dann eine Entscheidung zu treffen, was an dieser Stelle notwendig sei.

KTA Beckmann und Frau Dammann erläutern auf Nachfrage von **Vorsitzender Wiehler** den Zustand des Radweges der K 15 zwischen der B 191 und Quickborn. Der Radweg wird nicht unterhalten seitens der Kreisstraßenmeisterei, weil die Überquerung für Radfahrer und Fußgänger über die B191 an dieser Stelle ein erhebliches Risiko darstellt. Von der Samtgemeinde sei eine Brücke als Überquerung gebaut worden. Von der Sanierung des betreffenden Teilabschnitts sei abgesehen worden, um Kosten zu sparen und es sei sicherer und sinnvoller die Brücke zu nutzen.

KTA Wiegrefe schlägt vor eine Bedürftigkeitsliste für die Sanierung von Radwegen durch die Verwaltung erstellen zu lassen und danach zu entscheiden welche Wege Priorität haben.

KBDin Stellmann antwortet, dass dies bei Straßen bereits laufen würde. Ziel sei es zunächst ein kreisweites straßenbaulastträgerübergreifendes Gesamtkonzept für den Radverkehr zu erstellen, um zu ermitteln, wo es Sinn macht zu sanieren. Sie schlägt vor erst abzuwarten, was bei dem Konzept herauskommt und dieses als Planungsgrundlage zu nutzen. Dies sei auch die Grundlage, um Fördermittelanträge zu stellen. Im Moment müssten alle Sanierungsmaßnahmen über Eigenmittel getragen werden, was wenig Sinn mache, wenn man das Geld über Fördermittel vervielfachen könne. Natürlich erfolge zudem die Instandhaltung und Unterhaltung der Radwege über Eigenmittel. Für Neubau, Umbau oder Sanierung größerer Abschnitte sei die Empfehlung die Erstellung des Konzeptes abzuwarten.

KTA Carmienieke stimmt dem Vorgehen so zu. Nach Konzepterstellung könne eine Priorisierung und Kostenermittlung erfolgen und anhand dessen Sanierungen erfolgen.

KTA Beckmann hält die Erarbeitung eines solchen Konzeptes für sinnvoll, schlägt vor trotzdem schon mit einer konkreten Maßnahme 2022 (Radweg zwischen Grippel und Dannenberg) zu beginnen.

KBDin Stellmann schlägt vor, dass die Verwaltung das Anliegen mitnimmt und die Kosten für eine Sanierung der betreffenden Stelle ermittelt und dem nächsten Finanz- und Controlling Ausschuss vorlegt.

Dieser könne dann seine Empfehlung dazu abgeben. Ein Beschluss würde dann im Kreistag erfolgen.

KTA Klepper hakt nach, wann mit der Erarbeitung des Radwegekonzeptes begonnen wird.

KBDin Stellmann antwortet, dass ganz konkret Gelder für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes eingestellt sind und wenn der Kreistag zustimmt, werde in 2022 mit der Erarbeitung begonnen.

Für das Haushaltsjahr 2022 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgestellt.

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 54201 - Kreisstraßen	732.700,00 €	3.627.000,00 €	- 2.894.300,00 €

Zusätzlich wird die Kreisverwaltung beauftragt bis zum Finanz- und Controlling-Ausschuss die Kosten für die Sanierung des Radweges zwischen Grippel und Quickborn zu ermitteln und diese dem Kreistag entsprechend zur Beschlussfassung mit vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

3. Produkthaushalt 2022: Produkt 12203 Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr	2021/041
---	----------

FDL Jürges stellt anhand einer Präsentation gemäß Vorlage die Haushaltsansätze für das Jahr 2022 vor. **FDL Jürges** erläutert, dass es beim Sachkonto „Zuwendungen an private Unternehmen“ eine Steigerung gab. Es handelt sich um 1% der Blitzereinnahmen aus dem Jahr, die für Verkehrssicherungsmaßnahmen eingesetzt werden sollen, zum Beispiel die Gutscheine für ein Fahrsicherheitstraining für Fahranfänger.

KTA Tzscheutschler fragt nach, ob in der Vergangenheit nicht auch bauliche Maßnahmen aus diesem Topf finanziert worden seien.

KBDin Stellmann erläutert, dass das Problem in der letzten Legislaturperiode gewesen sei, dass in zwei verschiedenen Ausschüssen (Ausschuss öffentliche Sicherheit und Bauen, Abfall und Kreisstraßen) über diese Gelder diskutiert worden sei.

FDL Jürges ergänzt, dass in den vergangenen Jahren der Ansatz teilweise nicht ausgegeben wurde und sich Gelder angesammelt hätten. Diese Gelder wurden nach Beschluss der Gremien in der Vergangenheit für Sondermaßnahmen verwendet, z.B. Sanierung von Radwegen.

KBDin Stellmann schließt ab, dass für die nächste Sitzung eine Vorlage mit einem Überblick über Restmittel und deren möglichen Einsatz geben werde.

Für das Haushaltsjahr 2022 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgestellt.

	Erträge	Aufwendungen	Überschuss
Produkt 12203	2.685.500, 00 €	1.940.000,00 €	887.100,00 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

4. Einwohnerfragestunde

Die Mitglieder entscheiden, dass die Einwohnerfragestunde zukünftig an den Anfang der Sitzung gelegt werden soll, um die Bürgerbeteiligung attraktiver zu machen.

Frau Hoehne aus Grabow stellt ihr Anliegen vor, welches den Ausbau der B248 zwischen Grabow und Müggenburg betrifft. Das Planfeststellungsverfahren sei eröffnet worden. Es seien von Bewohner*innen der betreffenden und umliegenden Dörfer rund 1000 Unterschriften gesammelt worden, um den Ausbau zu verhindern. Die meisten Anwohner*innen und Eigentümer*innen der Grundstücke an der betreffenden Stelle seien gegen den Ausbau und möchten ihr Grundstücke nicht verkaufen. Die Planungen von damals seien nicht mehr zeitgemäß und passend (sei zwischen 2006 und 2008 entschieden worden). Darüber hinaus sei zu bedenken, dass die weiteren Ausbaustufen (z.B. die Umgehung Grabow) nicht möglich seien, da sie

innerhalb von FFH-Schutzgebieten lägen. Es wird darum gebeten, dass der neu gegründete Klima- und Mobilitätsausschuss prüft, ob die Planungen so noch zu verfolgen seien und sinnvoll sind.

Frau von Blotnitz ergänzt, dass diese großflächigen Planungen für Trassenerschließung basierend auf dem alten Raumordnungsprogramm fragwürdig seien. Sie verweist auf den gesamten Abschnitt zwischen Lüneburg und Salzwedel. In diesem Bereich lägen mehrere FFH-Gebiete und Biotope.

Vorsitzende Wiehler fragt nach, wer damals den Antrag für dieses Projekt gestellt habe.

KTA Carmieke antwortet, dass 2006 ein Antrag vom Landkreis Lüneburg gemeinsam mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg gestellt worden sei. Ein Planungsbüro sei beauftragt worden, welches ein Konzept entwickelt habe. Auf Grundlage dieses Konzeptes haben beide Landkreise entschieden, die betreffende Strecke auszubauen, um eine gute und verkehrssichere Anbindung an die Metropolregion Hamburg zu gewährleisten. Das Ganze sei damals im Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen worden. Die Umsetzung läge nun beim Land Niedersachsen und die Landkreise hätten nun keinen Einfluss mehr auf die Planungen und auch politisch sei es nicht möglich Einfluss zu nehmen. Wenn keinen rechtlichen Gegebenheiten dagegensprechen, würde das Ganze so realisiert werden.

FDL Schwarz fügt hinzu, dass die Planungen auf die Beschlüsse des Kreistages zurückgingen. Die Umweltbelange, die angesprochen wurden, werden derzeit im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens geprüft. Die Anhörung innerhalb des Verfahrens laufe noch bis zum 17.12.2021, parallel werden die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Sobald alle Stellungnahmen vorlägen, werden diese vom Landkreis als zuständige Stelle entsprechend bearbeitet und abgewogen, so dass am Ende ein Planfeststellungsbeschluss erlassen werden könne. Es seien an dieser Stelle keine politischen Erwägungen mehr möglich. Alle Bedenken würden im Rahmen des Verfahrens gewürdigt und geprüft. Es sei damals kein Antrag gestellt worden, sondern es seien Anforderungen und Wünsche gewesen, die an das Land herangetragen wurden. Das Land hat die vorgeschlagenen Ortsumgehungen an den Bund weitergemeldet und so, dass diese in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden sind. Im weiteren Verfahren seien diese Ortsumgehungen dann im Fernstraßenausbaugesetz verankert und somit vom Bundestag als erforderlich eingestuft worden. Wann und wie diese dann geplant und umgesetzt werden sei noch offen.

Für die Maßnahmen, die in Verantwortung des Landes umgesetzt werden, sei der 2+1 Ausbau südlich von Grabow die erste Maßnahme im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Wann damit zu rechnen sei, sei abhängig davon, wann Geld vom Land für den Ausbau zu Verfügung gestellt werde.

Vorsitzende Wiehler hakt nach, wie es denn sei, wenn der eigene Wunsch nicht mehr gewollt oder zeitgemäß ist (nach mehr als 10 Jahren)

FDL Schwarz erläutert, dass sich der „neue“ Kreistag gegen die Planungen aussprechen kann. Es seien allerdings durch das Land schon große Beträge für die Planungen ausgegeben worden, die gemäß den bisherigen politischen Beschlüssen gewünscht waren.

KTA Carmieke fügt hinzu, dass zu bedenken sei, dass der Antrag damals nicht allein gestellt wurde, sondern der Landkreis Lüneburg involviert sei und es um den verkehrssicheren Anschluss nach Hamburg gehe. Seiner Meinung nach sei der Ausbau sehr wichtig. Dafür sei lange gekämpft und diskutiert worden in der Vergangenheit.

KTA Hensel bittet zu bedenken, dass sich der zuständige Regionalausschuss damals gegen das Projekt ausgesprochen habe. Er halte die geplante Maßnahme nicht für sinnvoll. Es sei auch zu bedenken wie dann der Busverkehr auf einer solchen Strecke funktionieren könne.

Vorsitzende Wiehler schließt die Einwohnerfragestunde.

5. Produkthaushalt 2022: Produkt 56101 Klimaschutz, Produkt 56102 Kommunales Mobilitätsmanagement	2021/046
--	----------

Frau Dittmer, Leitung Stabsstelle Klimaschutz, stellt anhand einer Präsentation gemäß Vorlage die Haushaltsansätze für das Jahr 2022 vor.

KTA Zieker fragt nach welche weiteren Konzeptstellungen sich unter den besonderen Dienstleistungen verbergen.

Frau Dittmer führt aus, dass neben der Erstellung weiterer energetischer Quartierskonzepte 50.000 €

angesetzt wurden, um eventuelle Antragsunterstützung zu erhalten. Die entsprechenden Richtlinien (Kommunalrichtlinie) habe der Bundesgesetzgeber erst Ende Oktober 2021 veröffentlicht, nachdem die Haushaltszahlen eingestellt wurden. Weitere 50.000 € seien im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verortet (sowohl für das kommunale Mobilitätsmanagement als auch den Klimaschutz). In diesem Budget sind auch Kosten für die Überarbeitung des Masterplans abgedeckt.

KTA Klepper und **Vorsitzende Wiehler** fordern, dass auch für die Umsetzung konkreter Maßnahmen Gelder in den Haushalt eingestellt werden müssten.

KBDin Stellmann erläutert, dass es beim Thema Klimaschutz nach wie vor so sei, dass es sich gemäß Gesetzeslage um freiwillige Ausgaben handle. Diese Ausgaben müssten in den Haushalt eingestellt werden, wobei der Landkreis hier durch den Kreishaushalt und Zukunftsvertrag sehr stark gedeckelt sei. So habe der Kreistag im letzten Jahr entschieden keine sonstigen Kosten mit einzustellen.

KTA Carmienieke betont, dass es sinnvoll sei, zusätzliche Gelder in den Haushalt einzustellen, die nicht für Personalkosten zu nutzen sind, sondern für Projekte im Bereich Klimaschutz und erneuerbare Energien innerhalb der Bevölkerung (Bürger*innen und Unternehmen). Es sei wichtig zu bestimmen, für welche Projekte, diese möglichen Gelder eingesetzt werden, was im Zuge der Überarbeitung des Masterplans geschehen solle. Er schlägt vor 100.000 € für 2022 anzusetzen.

KBDin Stellmann berichtet, dass genau deshalb noch keine Gelder für konkrete Projekte im Haushalt 2022 vorgesehen seien, da zunächst der Masterplan als Grundlage überarbeitet werden müsse, um konkrete Handlungsempfehlungen geben zu können. Mögliche Maßnahmen und Projekte sollten zunächst im nächsten Jahr in diesem Gremium diskutiert und entwickelt werden, dann gäbe es auch entsprechende Zahlen für den Haushalt des Folgejahres.

KTA Flöter erwähnt, dass es nicht schaden würde 100.000 € für den Haushalt 2022 einzuplanen. Wenn es noch keine Projektideen gäbe, bleibe der Posten bestehen und könne auf das folgende Jahr übertragen werden.

KTA Klepper und **KTA Carmienieke** verweisen nochmal darauf, dass es wichtig sei, die 100.000 € für Projekte von Privatwirtschaft und Bürger/innen einzusetzen.

Frau Dittmer bietet an, das Vorhaben „kommunales Mobilitätsmanagement“ in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen, da es einigen Mitgliedern nicht ausreichend bekannt sei.

Für das Haushaltsjahr 2022 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgestellt.

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 56101 Klimaschutz	152.300 €	377.400 €	225.100 €
Produkt 56102 Kommunales Mobilitätsmanagement	128.700 €	257.300 €	128.600 €
Budget S68 gesamt	281.000 €	634.000 €	353.700 €

Es werden zusätzlich 100.000 € für die Verwendung von konkreten Umsetzungsmaßnahmen aus dem überarbeiteten Masterplan 100% Klimaschutz für Projekte von Privatwirtschaft und Bürger/innen in das Produkt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

6. ÖPNV-Modellprojekt „Clever MoWe“ - Bereitstellung der Eigenmittel für die Jahre 2022 bis 2024	2021/052
---	----------

Frau Harlfinger-Düpow, Stabsstelle Klimaschutz, stellt anhand einer Präsentation das ÖPNV-Modellprojekt „Clever MoWe“ vor.

KTA Flöter fragt nach, ob auch die Anbindung an das Bundesland Brandenburg mitgedacht werde bei dem Konzept. Sie spricht insbesondere die Taktung der Busse und Abstimmung auf Fahrverbindungen an.

Frau Harlfinger-Düpow antwortet, dass es genau darum ginge, die Haupt- und Nebenlinien auch überregional aufeinander abzustimmen und zu schauen, wie man in dem Landkreis rein und rauskommt.

Der Kreistag beschließt die Durchführung des Modellprojekts zur Stärkung des ÖPNV und stellt die erforderlichen Eigenmittel für die Jahre 2022 in Höhe von 242.675,00 €, 2023 in Höhe von 523.140,00 € und 2024 in Höhe von 234.185,00 € im Rahmen der Haushaltspläne zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

7. Produkthaushalt 2022: Produkt 54701 ÖPNV	2021/054
--	----------

FDL Schwarz stellt anhand einer Präsentation gemäß Vorlage die Haushaltsansätze für das Jahr 2022 vor.

KTA Beckmann fragt nach, ob es Kennzahlen über beförderte Personen gäbe, die nicht dem Schülerverkehr zuzuordnen seien.

KBDin Stellmann und FDL Schwarz antworten, dass die gewünschten Zahlen dem Protokoll beigelegt werden.

(Nachtrag: Die LSE hat im Geschäftsjahr 2020/2021 neben den Schülersammelzeitkarten, die der Landkreis erworben hat, 36.629 Fahrscheine der verschiedensten Arten frei verkauft und damit Einnahmen in Höhe von 222.523 EUR erzielt.)

KBDin Stellmann und FDL Schwarz erläutern, dass Schülerverkehr und ÖPNV immer zusammen zu betrachten seien. Die Durchführung des Schülerverkehrs sei im Produkt ÖPNV integriert. Darüber hinaus sei es wichtig zu wissen, dass ÖPNV immer defizitär sei. Durch Fahrgeldeinnahmen seien die Kosten nicht zu decken.

KTA Hensel und Vorsitzende Wiehler schlagen nach einigen Verständnisrückfragen der Mitglieder zu den Produkten vor, das Gesamtsystem ÖPNV samt Finanzierung in den Blick zu nehmen. Hierzu soll, wenn möglich die Geschäftsführung der LSE eingeladen werden.

KBDin Stellmann stimmt zu, dass es zur nächsten Sitzung einen Informations-TOP zum Thema ÖPNV und Schülerverkehr geben soll.

Für das Haushaltsjahr werden folgende Plan-Zahlen festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 54701 ÖPNV Teilergebnisplan	3.735.900,00 €	6.920.300,00 €	- 3.184.400,00 €
Produkt 24101 ÖPNV Teilfinanzplan	3.735.700,00 €	6.871.500,00 €	- 3.135.800,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

8. Produkthaushalt 2022: Produkt 24101 Schülerbeförderung	2021/055
--	----------

Für das Haushaltsjahr werden folgende Plan-Zahlen festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 24101 Schülerbeförderung Teilergebnisplan	48.400,00 €	2.438.900,00 €	- 2.390.500,00 €
Produkt 24101 Schülerbeförderung Teilfinanzplan	47.200,00 €	2.438.900,00 €	- 2.391.700,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Frau Dittmer informiert gemäß Vorlage zum aktuellen Stand und zur Fortführung der Klimawirkungsprüfung von Beschlüssen.

KBDin Stellmann ergänzt auf Rückfrage, dass es nicht sinnvoll sei Vergabebeschlüsse als letzten Schritt im Vergabeverfahren einer Klimawirkungsprüfung zu unterziehen.

Frau Dittmer fügt hinzu, dass aktuell eine Leitlinie für nachhaltige Beschaffung durch die Stabsstelle Klimaschutz erarbeitet wird, um Belange des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit möglichst von vorn herein bei Beschaffungen und Vergaben zu berücksichtigen.

Kenntnis genommen

10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Keine.

Ausschussvorsitzende Wiehler schließt die Sitzung um 18:15.



Vorsitzende

gez. Fischer

Protokollführung